

Antragsteller/in (bei juristischen Personen / Vereinen Name und Sitz)	Telefonnummer des Lokals	Telefonnummer privat
	Handelsregisternummer (Auszug aus dem Register beifügen)	
	E-Mail-Adresse	
	Ort, Datum	

(Zutreffendes ist anzukreuzen)

Antrag auf Erteilung einer

Stadt Elmshorn
Der Bürgermeister
als Ordnungsbehörde
Postfach 82 08
25382 Elmshorn

- Erlaubnis nach § 2 Abs. 1 GastG
- Stellvertretungserlaubnis nach § 9 GastG
- befristet
- unbefristet
- zum Betrieb zur Erweiterung
- einer Schankwirtschaft
- einer Speisewirtschaft
- eines Beherbergungsbetriebes
- Gleichzeitig wird eine vorläufige Erlaubnis gem. § 11 GastG beantragt

I. Persönliche Angaben der Antragstellerin oder des Antragstellers bzw. der Vertreterin oder des Vertreters der juristischen Person / des Vereins (bei mehreren Vertreterinnen und / oder Vertretern ist je ein Formular auszufüllen)

Familiename, Vorname, Geburtsname			
Wohnort und Straße			
Geburtsdatum	Geburtsort	Familienstand	
Staatsangehörigkeit	bei Ausländerinnen / Ausländern	Aufenthaltsurlaubn. bis	erteilt durch
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Art des Verfahrens	Ist ein Strafverfahren zurzeit anhängig?	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Art des Verfahrens	Ist ein Bußgeldverfahren wg. Verstoßes gegen gewerberechtl. Vorschriften anhängig?	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		Ist ein Gewerbeuntersagungsverfahren nach § 35 GewO anhängig?	

Wohnsitz/Aufenthalt der letzten drei Jahre und berufliche Betätigung:

Zeitraum (von - bis)	Aufenthaltsort/Wohnsitz	berufliche Betätigung
In den letzten drei Jahren selbständig betriebene Gaststätten mit Angabe des Betriebssitzes		

Personalien der Ehegattin / des Ehegatten des Antragstellers oder der Antragstellerin bzw. der Ehegattin / des Ehegatten der Vertreterin oder des Vertreters der juristischen Person/des Vereins (auszufüllen, wenn Mitarbeit vorgesehen ist)

Familienname, Vorname, Geburtsname			
Wohnort und Straße			
Geburtsdatum	Geburtsort	Familienstand	
Staatsangehörigkeit	bei Ausländerinnen / Ausländern	Aufenthaltsurlaubn. bis	erteilt durch
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Art des Verfahrens	<input type="checkbox"/> Ist ein Strafverfahren zurzeit anhängig?	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Art des Verfahrens	<input type="checkbox"/> Ist ein Bußgeldverfahren wg. Verstoßes gegen gewerberechtl. Vorschriften anhängig?	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		<input type="checkbox"/> Ist ein Gewerbeuntersagungsverfahren nach § 35 GewO anhängig?	

II. Angaben zum Betrieb

Art des Betriebes (z. B. Discothek, Schank- und Speisewirtschaft, Tanzlokal)	
Postleitzahl	Lage und Bezeichnung des Betriebes Elmshorn,
Öffnungszeiten	Ruhetag
Datum	<input type="checkbox"/> Geplanter Beginn der Ausübung des Gaststättengewerbes
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> Ist die Mitarbeit der Ehefrau oder des Ehemannes im Betrieb vorgesehen?
Anzahl	<input type="checkbox"/> Im Betrieb beschäftigte Arbeitnehmerinnen und / oder Arbeitnehmer
	<input type="checkbox"/> Umfang des beantragten Getränke- und Speisenangebotes
Name und Anschrift der Vorgängerin oder des Vorgängers	<input type="checkbox"/> Nur bei Betriebsübernahme
Bezeichnung des Verwandtschaftsverhältnisses zur Vorgängerin oder zum Vorgänger	
in sachlicher Hinsicht (nähere Erläuterung)	<input type="checkbox"/> Nur bei Betriebserweiterung
in räumlicher Hinsicht (nähere Erläuterung)	

<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> Ist das Rauchen in den Gasträumen vorgesehen?
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> Ist eine Schankanlage vorhanden?
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> Ist der Zugang zur Gaststätte und zu den Toiletten behindertengerecht?
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> Ist die Aufstellung von Spielgeräten in der Gaststätte geplant?

III. Angaben zu den Räumlichkeiten

Raum-Nr. lt. anl. Skizze	Bezeichnung/Verwendungszweck (z. B. Schankraum, Küche, Lager, Herren-WC, usw.)	Grundfläche qm
Gesamte Grundfläche		
		qm

V. Erklärungen

<input type="checkbox"/>	Die vorstehenden Angaben sind richtig und vollständig
<input type="checkbox"/>	Die in der anliegenden Skizze aufgegebenen Maße und Verwendungszwecke entsprechen den tatsächlichen Verhältnissen
<input type="checkbox"/>	Ein gerichtliches Berufsausübungsverbot oder eine Gewerbeuntersagung sind bisher nicht ergangen.
<input type="checkbox"/>	Es ist kein Strafverfahren gegen mich anhängig
<input type="checkbox"/>	Es ist kein Bußgeldverfahren wegen Verstößen in Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit gegen mich anhängig.
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> Ich erkläre mich damit einverstanden, dass eine Ausfertigung meines Antrages oder die darin enthaltenen Daten an den Schl.-Holst. Hotel- und Gaststättenverband zur Kenntnisnahme weitergeleitet wird.

VII. Folgende Unterlagen füge ich dem Antrag bei:

1. Grundrisszeichnungen mit Bestuhlungsplan (Maßstab 1 : 100) - neuester Stand -
2. Kopie des Pacht-, Miet- oder Kaufvertrages
3. Führungszeugnis zur Vorlage bei der Behörde, Belegart 0
4. Führungszeugnis der Ehegattin oder des Ehegatten zur Vorlage bei der Behörde, Belegart 0 (wenn Mitarbeit im Betrieb vorgesehen ist)
5. Unterrichtsnachweis der Industrie- und Handelskammer
6. Steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung des Wohnsitzfinanzamtes
7. Auskunft aus dem Gewerbezentralregister
8. Gewerbeanmeldung
9. Abfrage aus dem Schuldnerverzeichnis (www.vollstreckungsportal.de)

Mir ist bekannt, dass alle Unterlagen vorliegen müssen, bevor über meinen Antrag entschieden wird. Weiterhin ist mir bekannt, dass ich bis zur Entscheidung über den Antrag das Gaststättengewerbe nicht ausüben darf. Die Hinweise auf der Rückseite dieses Antrages habe ich zur Kenntnis genommen.

Unterschrift und Datum

Hinweise

zur Verarbeitung personenbezogener Daten im gaststättenrechtlichen Konzessionsverfahren nach § 10 Abs. 2 Landesdatenschutzgesetz

Rechtsgrundlage und Zweck der Datenerhebung

Wer ein Gaststättengewerbe im Sinne des Gaststättengesetzes (GastG) betreiben will, bedarf einer Erlaubnis nach § 2 Abs. 1, § 9, § 11 oder § 12 Abs. 1 GastG. Die mit dem Antragsvordruck erhobenen Daten dienen ausschließlich der Feststellung der persönlichen Zuverlässigkeit der Antragstellerin oder des Antragstellers, der Antragsberechtigung, der Beurteilung der Eignung der für den Betrieb vorgesehenen Räume sowie der Überwachung der Gewerbeausübung. Die personenbezogenen Daten werden nach den Vorschriften des § 11 der Gewerbeordnung in Verbindung mit § 31 des Gaststättengesetzes erhoben und verarbeitet.

Weiterverarbeitung der Daten im gaststättenrechtlichen Verfahren:

Antragstellerinnen oder Antragsteller haben grundsätzlich selbst die für das Antragsverfahren erforderlichen Angaben zu machen und die notwendigen Unterlagen beizubringen. Folgende Behörden werden von der Erlaubnisbehörde beteiligt:

- a) die örtlich zuständigen Ordnungsbehörden des jetzigen und ggf. des früheren Wohn- und/oder Betriebssitzes,
- b) die für den Betriebsort zuständige untere Bauaufsichtsbehörde, ggf. die für den Arbeitsschutz zuständige Behörde (bei vorgesehener Beschäftigung von Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern) sowie die Lebensmittelaufsichtsbehörde (im Falle einer Schank- oder Speisewirtschaft).

Ist die Beteiligung weiterer Stellen für das Antragsverfahren erforderlich, so wird die Antragstellerin oder der Antragsteller darüber unterrichtet.

Nach Abschluss des Verfahrens werden folgende Behörden über die Erteilung der Erlaubnis unterrichtet: Örtliche Ordnungsbehörde durch Zweitschrift des Erlaubnisbescheides mit Anlagen. Untere Bauaufsichtsbehörde, die für den Arbeitsschutz zuständige Behörde, Lebensmittelüberwachungsbehörde und - bei ausländischen Antragstellerinnen oder Antragstellern - die Ausländerbehörde durch formlose Mitteilung ohne Anlagen, soweit diese Behörden im Antragsverfahren beteiligt worden sind. Dem zuständigen Finanzamt wird lediglich von befristeten Erlaubnissen eine entsprechende Zweitschrift ohne Anlagen übersandt. Auf die Einhaltung der steuerlichen Aufzeichnungs- und Erklärungspflichten in diesen Fällen wird hiermit hingewiesen (Mitteilungsverordnung vom 7. September 1993 - BGBl. I S. 1554).